

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Sonnabend, 18. April.

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

269.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 2 1/2 Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Verkauft in:
Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen,
Königsberg, Posen,
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel.
Hanssen & Vogler,
in Berlin.
A. Reimer, Schloßplatz,
in Breslau: Emil Rabath.

Mittheilungen.

Berlin, 17. April. Der König hat dem Geh. Ober-Baurath Wiebe, vortrag. Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öff. Arb., den R. R.-D. 2. Kl. verliehen.

Der Seminarlehrer Menard zu Moers ist an das Schullehrer-Seminar zu Neuwied versetzt, der seit. Kreis-Wundarzt des Kreises Loebau Dr. Kraft zu Neumark zum Kreis-Physikus des Kreises Rummelsburg ernannt, der bish. Baumeister Paul Rascher in Posen zum Eisenbahn-Baumeister ernannt und demselben die Stelle eines Vorstehers des techn. Bureau der dortigen R. Eisenbahn-Komm. verliehen, dem Rechtsanwält und Notar Waritz in Tost die Verlegung seines Wohnsitzes nach Gleiwitz gestattet worden.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Voet bei dem Kreisg. zu Rosenberg in W.-Pr., der Ger.-Ass. v. Bothmer bei dem Kreisg. zu Neustadt in Westpr., der Ger.-Ass. Binder bei dem Kreisg. in Merseburg, der Ger.-Ass. Krapp bei dem Kreisg. in Gardelegen mit der Funktion als Ger.-Komm. in Elbge, und der Ger.-Ass. Kresdorff bei dem Kreisg. in Angermünde mit der Funktion als Ger.-Komm. in Joachimsthal. Der Ger.-Ass. Rath ist zum Friedensrichter bei dem Friedensg. Homburg zu Wschl. ernannt.

Dem Hrn. Robert L. Siordet, Associé der Firma Lutteroth u. Co. in Hamburg, ist Namens des Deutschen Reiches das Exequatur als schweizerischer Konsul erteilt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 17. April. Der verlagte gewesene Landtag des Königreichs Sachsen tritt, wie das „Dresdener Journal“ meldet, am 27. d. M. wieder zur Berathung zusammen.

Wien, 17. April. Der Kaiser empfing heute den seitherigen päpstlichen Nuntius Falcinelli zur Entgegennahme seines Abberufungsschreibens in besonderer Audienz. Die Abreise des Kaisers nach Ofen ist auf morgen Abend festgesetzt. — Das Abgeordnetenhaus hat heute den Gesetzentwurf, betreffend die Anerkennung der Religionsgesellschaften, nach den Anträgen des Ausschusses unverändert in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung desselben erfolgt in der nächsten Sitzung. Die Berathung des Klostergesetzes ist auf nächsten Donnerstag festgesetzt.

St. Jean de Luz, 17. April. Nach einer aus Santander hier eingegangenen Nachricht war der Korrespondent der „Times“, Marsh, von den Carlisten aufgegriffen und mit dem Tode bedroht worden. Der französische Konsul in Algorta hat die Freilassung desselben herbeigeführt.

London, 17. April. Die bei Gelegenheit des bevorstehenden Besuchs des Kaisers von Rußland ursprünglich beabsichtigte Flottenrevue wird auf den Wunsch desselben nicht stattfinden, da der Anwesenheit des Kaisers ein privater Charakter gewahrt bleiben soll. — An Stelle von Sir Henry Bagallah ist Halfer zum S.-P.-Generallieutenant ernannt worden.

Nach den in der gestrigen Sitzung des Unterhauses vom Schatzkanzler gemachten Mittheilungen über die Budgetverhältnisse, betragen für das lektverlossene Rechnungsjahr die Einnahmen 77,335,657 und die Ausgaben 76,466,500 Pfd. Sterl. Für die laufende Budgetperiode des Jahrgangs 1874—1875 wurden die Einnahmen vom Schatzkanzler auf 77,995,000, die Ausgaben auf 72,503,000 Pfd. Sterl. veranschlagt, so daß sich demnach, wie bereits gemeldet, ein Einnahme-Überschuß von 5,492,000 Pfd. Sterl. ergeben würde, der sich indessen durch die vorgeschlagenen Steuerermäßigungen u. auf 462,000 Pfd. Sterl. herabmindern wird. Was die vom Hause angenommene Abschaffung der Zuckersölle angeht, so soll die Abgabe auf die Einfuhr von rohem Zucker vom 1. und auf den Import von raffiniertem Zucker vom 21. Mai d. J. aufhören. — Die Diskussion des Budgets ist auf nächsten Donnerstag festgesetzt. — In einer an das Haus gelangten Botschaft der Königin wird beantragt, dem General Sir Garnet Wolseley in Anerkennung seiner im Afrikakriege geleisteten Dienste eine Dotation von 25,000 Pfd. Sterl. zu Theil werden zu lassen.

Konstantinopel, 17. April. Die Pforte hat dem Vizekönig von Egypten die in der Suezkanal-Angelegenheit früher bereits erteilten Befehle telegraphisch wiederholt und erklärt, da sie darin im Hinblick auf der von der internationalen Kommission getroffene Entscheidung nicht das Geringste ändern könne. Die russische Regierung hat Replik aufgefördert, der Entscheidung der internationalen Kommission sich zu unterwerfen.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung.

Berlin, 17. April, 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, v. Kameke, v. Mittnacht und Andere.

Die Spezialberathung des Militärgesetzes wendet sich heute dem dritten Abschnitt (§§ 31—44) zu, der „vom aktiven Heere“ handelt.

Referent Dr. Stephan: Die Ueberschrift erschöpft nicht vollständig den Inhalt dieses Abschnittes, da er nämlich eine Reihe von Ausnahmestellungen bezeichnet, welche das Militär in rechtlicher Beziehung der übrigen bürgerlichen Gesellschaft gegenüber einzunehmen hat. In der Kommission wurde der Gedanke laut, daß alle diese Bestimmungen aus dem Gesetz entfernt werden könnten und an den betreffenden Stellen der Spezialgesetzgebung eingefügt seien, im Vorwortsabschnitt, im Gemeinde-, im Steuerrecht und in der Gesetzgebung über die Wahlen. Gleichwohl mußte die Kommission anerkennen, daß ein allgemeines und zwar ein militärisches Interesse es nothwendig mache, diese Gegenstände, die unlegbar anderen Materien der Gesetz-

gebung theilweise mitangehören, für das ganze Reich an dieser Stelle zu regeln. Der Gedanke, den ganzen Abschnitt aus dem Gesetz herauszuheben, wurde daher nicht weiter verfolgt, sondern es wurde nur von Einzelnen vorgeschlagen, sofern es der Kommission nicht gelänge, einzelne dieser Materien ihrem Verlangen gemäß zu regeln, sie dann überhaupt nicht in diesem Gesetz zu regeln, sondern einer anderen gesetzlichen Regelung zu überlassen.

§ 31, welcher alle Personen, die zum aktiven Heere gehören, aufzählt, wird ohne Debatte genehmigt.

§ 32 enthält die Bestimmung über die besondere Gerichtsbarkeit über Militärpersonen.

Abg. Sonnemann knüpft an die vorgestern vom Abg. Hasselmann vorgebrachten Militärereisse an, will jedoch das Haus nicht mit einer neuen Aufzählung ähnlicher Fälle ermüden, sondern nur bemerken, daß sie sich in letzter Zeit bedeutend vermehrt haben. Die besondere Militärgerichtsbarkeit trägt besonders dazu bei, daß man über den Ausgange solcher Eresse nichts erfährt. Ein fernerer Uebelstand ist das Tragen der Waffen außer Dienst; wenn daraus Eresse mit Bürgerlichen entstehen, so gehören dieselben ebenfalls zur besonderen Militärgerichtsbarkeit. Das Tragen der Waffen außer Dienst befördert solche Eresse. Der Redner hat die Berichte über 40 bis 50 Fälle aus national-liberalen Zeitungen zur Hand; gleichwohl hat keine der liberalen Parteien sich dieser Angelegenheit angenommen. Der Redner will keinen Antrag stellen, sondern nur seine Abstimmung motiviren.

Abg. Richter (Hagen) erklärt von seiner bei der ersten Lesung ausgesprochenen Ansicht, daß in dieser Bestimmung eine Bestätigung der besonderen Militärgerichtsbarkeit zu erkennen sei, durch den Verlauf der Kommissionsberathung zurückgenommen zu sein. Denn die Militärgerichtsbarkeit soll sich nur auf Strafsachen beschränken, sie wirkt also nicht präjudizierend auf die Aufhebung der besonderen Militärgerichtsbarkeit in außerdienstlichen Sachen. — Der § 32 wird genehmigt.

§ 33 lautet: „Die Militärpersonen des Friedensstandes bedürfen zu ihrer Verheirathung der Genehmigung ihrer Vorgesetzten.“ Die Vorlage wollte diese Bestimmung auch auf die Zivilbeamten der Militärverwaltung ausdehnen. Hagenleber u. Gen. beantragen dagegen folgende Fassung: „Die Militärpersonen des Friedensstandes haben ihren Vorgesetzten von ihrer Verheirathung drei Wochen zuvor Anzeige zu machen.“

Abg. Reimer motivirt den Antrag, gegen den sich der Referent nachdrücklich erklärt, damit, daß die Genehmigung zu Heirathen der Militärpersonen jetzt gänzlich in die Willkür der Vorgesetzten gestellt sei und deshalb häufig nach Gunst und Ungunst entschieden werde. Eine Erleichterung der Heirathen der Soldaten fördert die Unzufriedenheit und vermehrt die Zahl der unehelichen Kinder, der rechtlosen Parias des modernen Staates.

§ 33 wird in der Fassung der Kommission angenommen. § 34 bestimmt, daß Militärpersonen die Uebernahme von Vormundschaften ablehnen können; § 35 hebt die landesgesetzlich bestehenden Beschränkungen einzelner Klassen von Militärpersonen hinsichtlich der Erwerbung, Veräußerung und Belastung von Grundstücken auf; nur zum Gewerbebetrieb auch der im Dienstgebäude wohnenden Mitglieder ihres Hausstandes bedürfen die Militärpersonen nach § 36 der Erlaubniß des Vorgesetzten, ausgenommen ist jedoch die Bewirthschaftung eines ihnen gehörigen ländlichen Grundstückes. — Diese drei Paragraphen werden ohne Debatte angenommen.

§ 37 der Vorlage bestimmt, daß die Angehörigen des aktiven Heeres, welche dienstlich genöthigt werden, ihren Wohnort zu verlassen, als Mieter nur bis zum Schlusse des Kalenderjahres, in welchem sie ihren Wohnort verlassen, an die Kontrakte gebunden sind. — Die Kommission hat diesen Paragraphen gestrichen und das Haus tritt diesem Beschlusse bei.

§ 38 enthält die Bestimmungen über die unter besonders erleichterten Formen gültig zu errichtenden militärischen Testamente. Der Referent führt aus, daß die früheren Vorrechte des militärischen Testaments aufgehoben seien, man habe nur die formalen Vorrechte, die durch die besonderen Verhältnisse gefordert werden bestehen lassen.

Abg. Roemer (Württemberg) will diese früheren Vorrechte wieder eingeführt wissen und motivirt dies in längerer Rede.

Nachdem sich der Kommissar Geh. Rath Kinkelfeisch gegen das Fortbestehen solcher Vorrechte ausgesprochen unter Hinweis auf die durch die allgemeine Wehrpflicht gänzlich veränderte Zusammenfassung des Heeres, wird § 38 mit einer unerheblichen reaktionellen Aenderung angenommen. Desgleichen § 39 (Beschränkung der Exekutoren, Verbot der Abtretung und Verpfändung des Dienstvermögens).

§ 40 lautet in der Fassung der Kommission: „Die Verpflichtung der Militärpersonen zur Entrichtung der Staatssteuern regelt sich nach den Landesgesetzen unter Berücksichtigung des Gesetzes wegen Befreiung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870. Jedoch ist das Militäreinkommen der Personen des Unteroffiziers- und Gemeinen-Standes, sowie für den Fall einer Mobilmachung, das Militäreinkommen aller Angehörigen des aktiven Heeres bei der Veranlagung bzw. Erhebung von Staatssteuern außer Betracht zu lassen. Die Feststellung eines angemessenen Steuernachlasses für die Unteroffiziere und Gemeinen des Beurlaubtenstandes und deren Familien für die Monate, in welchen jene sich im aktiven Dienste befinden, bleibt der Landesgesetzgebung überlassen.“

Abg. Schmid (Württemberg): § 40 trägt das Gepräge eines Ausnahme-Erlasses, zumal der in Preußen bestehende Zustand hinsichtlich der Verpflichtung der Militärpersonen zur Entrichtung von Staatssteuern auch auf Süddeutschland ausgedehnt werden soll, wo ganz andere Grundzüge bestehen. Ich halte es für gesetzgeberisch richtig, den status quo aufrecht zu erhalten, sowohl in Hinsicht dieses Paragraphen, als der §§ 41 und 42, zumal ein praktisches Bedürfnis für die Aenderung des bestehenden Zustandes in Süddeutschland nicht vorhanden ist. In der Gesetzgebung Bayerns und Württembergs ist aber ausdrücklich ausgesprochen, daß jedes Einkommen, auch das Militäreinkommen, der Besteuerung unterliegt. Außerdem besteht ein innerer Widerspruch zwischen dem ersten und zweiten Satze des Alinea 2 des § 40, weil der erste Satz eine Normativbestimmung enthält, der zweite die Feststellung von Steuernachlässen der Landesgesetzgebung überläßt. Ich bitte Sie, den § 40 abzulehnen und den status quo aufrecht zu erhalten.

Abg. v. Benda: Wenn es überhaupt wünschenswerth ist, die Materien von der Besteuerung der Militärpersonen einheitlich zu regeln, so liegt meines Erachtens keine Veranlassung vor, dies aufzuschieben. Die Ausführungen des Herrn Vorredners können mich nicht bestimmen, den § 40 in der Fassung der Kommission abzulehnen und bei § 42 werde ich dem Herrn Vorredner einige Erklärungen geben, die ihn vielleicht befriedigen werden.

Präsident Delbrück: Der Zweck des Paragraphen geht lediglich dahin, eine Frage, welche jetzt durch die Landesgesetzgebung geregelt wird, unter ein allgemeines Reichsgesetz zu stellen und einen thatsächlich schon überall bestehenden Zustand gesetzlich zu fixiren. Dieses be-

stehende gemeine Recht aber gegen Aenderungen der Einzelgesetzgebungen zu schützen, halte ich für durchaus nothwendig.

Auf die Anfrage des Abg. Ausfeld, ob die zwischen Preußen und den einzelnen Bundesstaaten abgeschlossenen Militärkonventionen dem Reichstage würden vorgelegt werden und ob die Landesregierungen verpflichtet seien, diese Konventionen den Landesvertretungen vorzulegen, antwortet Präsident Delbrück: Schon vom norddeutschen Reichstage ist der Wunsch ausgesprochen worden, es möge ihm über die zwischen Preußen und den einzelnen Bundesstaaten geschlossenen Militärkonventionen Mittheilung gemacht werden und diesem Wunsche ist damals bereitwillig entsprochen worden. Diese Mittheilungen bedürfen jedoch nicht der Genehmigung des Reichstages, weil sie nicht unter die Titel fallen, bei denen diese Genehmigung erforderlich ist. Die Frage, ob die Regierungen der Einzelstaaten, welche diese Konventionen abgeschlossen haben, nach der Landesverfassung nicht verpflichtet seien, dieselben den Landesvertretungen zur Genehmigung vorzulegen, ist in diesem Augenblicke nicht zu beantworten, und ich möchte derselben in keiner Weise präjudiziren.

Hierauf wird § 40 in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso § 41, welcher lautet: „Zur Annahme von Aemtern in der Verwaltung und Vertretung der kirchlichen oder politischen Gemeinden und weiteren Kommunalverbände bedürfen aktive Militärpersonen der Genehmigung ihrer Dienstvorgesetzten.“

Der vielbesprochene, auch in den Kompromiß bezüglich des § 1 hineingezogene § 42 handelt von der Befreiung des militärischen Dienstvermögens der aktiven Militärpersonen von der Beitragspflicht zu den direkten Kommunalsteuern.

Referent Stephan: Zwar sind die Ansichten in der Kommission über das Maß der Steuerfreiheit von Militärpersonen weit auseinander gegangen, doch einigte man sich schließlich dahin, eine darauf bezügliche Bestimmung in dies Gesetz aufzunehmen, damit endlich diese Angelegenheit gleichmäßig für das ganze Reich geregelt werde.

Abg. v. Benda: Eine zufriedenstellende Lösung dieser Frage ist für die Gegenwart äußerst schwierig, und das einzig richtige Auskunftsmittel ist daher, aus dem vorliegenden Gesetz diesen Gegenstand ganz zu entfernen. Später wird die Erfahrung lehren, ob und in welcher Weise die Kommunalbesteuerung von Militärpersonen und Zivilbeamten harmonisch zu regeln ist. Ich bitte Sie also, den § 42 ganz abzulehnen.

Der § 42 wird darauf gegen die Stimmen des Zentrums und der Fortschrittspartei ganz und gar gestrichen.

§ 44 lautet: Für die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen, mit Ausnahme der Militärbeamten, ruht die Berechtigung zum Wählen sowohl in Betreff der Reichsvertretung als in Betreff der einzelnen Landesvertretungen. Die Theilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist den zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen untersagt. In Kriegzeiten haben Angehörige des aktiven Heeres keinen Anspruch auf Beurlaubung zur Theilnahme an den Sitzungen des Reichstages oder einer Landesvertretung. Die Militärpersonen des aktiven Heeres sind von dem Dienst als Geschworene oder Schöffen befreit.

Die Kommission beantragt Alinea 2 und 3 zu streichen.

Abg. Reimer beantragt Militärpersonen ebenfalls das Wahlrecht zu gewähren. Eine gegenheilige Bestimmung sei wohl nur aus der Furcht getroffen worden, daß das Heer ein geeignetes Feld für die Agitation der Sozialdemokraten sein würde.

Abg. Richter beantragt zwischen dem ersten und zweiten Satz des Paragraphen folgenden Zusatz einzufügen: „Eine Vereinigung der hienach wahlberechtigten lebenden Militärpersonen zu besonderen Militär-Wahlbezirken für die Wahl der auf indirektem Wahlrecht beruhenden Landesvertretungen darf nicht stattfinden.“

Abg. Richter: Nach diesem Paragraphen bleiben nur noch die Militärbeamten wahlberechtigt und in Konsequenz diese. Bestimmung müßte die Einrichtung besonderer Militärwahlbezirke, wie sie z. B. in Preußen besteht, von selbst fallen. Sollte seitens des preussischen Kriegsministeriums eine derartige Erklärung erfolgen, so würde ich meinen Antrag zurückziehen.

Geh. Rath Starke: Eine Verfügung über die Aufhebung der Militärwahlbezirke der Einzelstaaten gehört nicht in dieses Gesetz, wo es sich nur darum handelt, ob Militärpersonen Wahlrecht haben oder nicht. Eine darauf bezügliche Erklärung Namens des preussischen Kriegsministeriums bin ich gegenwärtig außer Stande abzugeben.

Abg. Dr. Wehrenpfennig: Wenn der Abgeordnete Richter seinen Antrag für die dritte Lesung zurückstellen wollte, so würde es bis dahin vielleicht dem preussischen Kriegsminister möglich sein, eine befriedigende Antwort abzugeben, durch die der Zweck des Antrages erreicht wird.

Nachdem Abg. Richter seinen Antrag zurückgezogen hat, wird § 44 unter Ablehnung des Antrages Reimer angenommen.

Der 4. Abschnitt handelt von der Entlassung aus dem aktiven Dienst.

§ 47 bestimmt: Ueber die Zulässigkeit des Gesuches um Entlassung entscheidet die Ersatz-Bezirks dritte Instanz nach Begutachtung der Verhältnisse durch die ständigen Mitglieder der Ersatz-Kommission.

Abg. v. Denzin beantragt statt dessen zu setzen: „Ueber die Zulässigkeit des Gesuches entscheidet nach Begutachtung der Verhältnisse durch die ständigen Mitglieder der Ersatz-Kommission der kommandirende General desjenigen Armeekorps, in welchem der Reklamirte seiner Dienstpflicht genügt, in Gemeinschaft mit der betreffenden Landes- oder Provinzialbehörde seines Heimathesbezirkes.“

Abg. v. Walzahn-Gültz empfiehlt diesen Antrag mit Hinweis darauf, daß der General des Armeekorps, in welchem der Reklamirte dient und die eigene Landesbehörde am besten über die Berechtigung der in dem Gesuch angegebenen Gründe entscheiden könnten.

Nachdem Major v. Blum sich Namens der Reichsregierung mit dem Antrage v. Denzin einverstanden erklärt hat, wird § 47 mit den durch jenen Antrag getroffenen Aenderungen angenommen.

Die Diskussion wendet sich nun dem V. Abschnitt zu, der „vom Beurlaubtenstande und der Ersatzreserve erster Klasse“ handelt. Die Kommission hat die Verhältnisse der Ersatzreserve erster Klasse zum ersten Mal gesetzlich geregelt, indem die darauf bezüglichen Bestimmungen der Militärereignis-Instruktion in das Gesetz aufgenommen sind.

Referent Abg. Meyer (Thorn) begründet diesen Standpunkt der Kommission hauptsächlich damit, daß die Mannschaften der Ersatzreserve erster Klasse sonst zum Beurlaubtenstande gerechnet und deshalb unter die schärferen Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches fallen würden.

Bundeskommissar Major Blum akzeptirt Namens der verbündeten Regierungen die Vorschläge der Kommission, wenn sie auch

ihren Standpunkt nicht durchans theilten, um das Gesetz nicht in Frage zu stellen.

§ 51 bestimmt, welche Personen zum Beurlaubtenstande gehören. Die Regierungsvorlage rechnet dazu auch die Ersatzreserve 1. Klasse; diese Bestimmung hat die Kommission gestrichen und die Verhältnisse der Ersatzreserve in einem neu eingefügten § 61a geregelt.

§ 52 giebt die Vorschriften über den Verkehr der Personen des Beurlaubtenstandes mit ihren Vorgesetzten, über die militärische Kontrolle und verleiht ein neues Gesetz über die Ausübung der militärischen Kontrolle, die Uebungen und die Disziplinarstrafmittel gegen die Beurlaubten.

Abg. Dr. Wehrenpfennig hält es für unzulässig und unnötig in einem solchen Gesetz noch neue Gesetze zu verheißen, wenn nicht ein dringendes Bedürfnis vorliegt, was hier nicht der Fall sei.

Abg. Richter (Hagen): Die in Rede stehenden Gegenstände seien entschieden einer gesetzgeberischen Regelung bedürftig; mit den Bestimmungen über die Ersatzreserve habe ein solches Gesetz gar nichts zu thun.

Abg. v. Malsbahn-Gültz empfiehlt die Annahme eines von ihm mitunterzeichneten Amendements, welches den Beurlaubten die Pflicht auferlegt dafür zu sorgen, daß ihnen dienstliche Befehle und Einberufungsbefehle möglichst schnell zugehen.

Bundeskommissar Major Blumie hält eine gesetzliche Regelung der in Rede stehenden Punkte ebenfalls für wünschenswert, schon damit die Beurlaubten selbst eine möglichst geringe Belästigung erleiden.

§ 52 wird mit dem Amendement des Abg. v. Malsbahn in folgender Fassung angenommen: „Die Personen des Beurlaubtenstandes sind während der Beurlaubung den zur Ausübung der militärischen Kontrolle erforderlichen Anordnungen unterworfen. Sie haben geeignete Vorkehrungen zu treffen, daß dienstliche Befehle ihrer Vorgesetzten und namentlich Einberufungsbefehle ihnen jederzeit zugehelt werden können.“ Im dienstlichen Verkehr mit ihren Vorgesetzten oder wenn sie in Militäruniform erscheinen, sind sie der militärischen Disziplin unterworfen (§ 8). Ueber die Ausübung der militärischen Kontrolle, die Uebungen und die gegen Personen des Beurlaubtenstandes zulässigen Disziplinarstrafmittel wird ein besonderes Gesetz nähere Bestimmungen treffen.“

§ 53 und § 53a enthalten die Bestimmungen über die Beurlaubten im Falle einer Mobilmachung — unverzügliche Rückkehr aus dem Auslande u. s. w.; beide Paragraphen werden ohne Debatte angenommen.

§ 54 enthält die Vorschriften über Entlassung aus der Staatsangehörigkeit und Auswanderung von Beurlaubten. Die Auswanderung beurlaubter Offiziere und Militärärzte soll nach dem Beschluß der Kommission mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark oder bis zu 6 Monaten Gefängnis bestraft werden; Abg. v. Malsbahn-Gültz will dagegen die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs, also eine Arreststrafe eingeführt wissen.

Referent Abg. Meyer (Thorn), führt aus, daß es sich hier nicht um ein spezifisch militärisches Vergehen handle, daß also auch die Anwendung des Militärstrafgesetzbuchs unschlüssig sei. Besonders habe die Arreststrafe doch keinen Sinn, wenn der Beurlaubte ausgewandert sei, während man doch sein etwa hinterlassenes Vermögen mit Beschlagnahme belegen könne.

Dieser Auffassung treten der Abg. v. Malsbahn-Gültz und der Bundeskommissar Major Blumie entgegen.

Das Haus tritt dem Vorschlage der Kommission bei.

§ 54a befreit die Beurlaubten in ihren bürgerlichen Verhältnissen von allen Beschränkungen. Derselbe wird angenommen.

§ 55 lautet: „Die Mannschaften der Reserve und Landwehr werden in Jahresklassen nach ihrem Dienstalter eingeteilt. Die Dienstzeit in der Reserve und Landwehr wird von demselben Zeitpunkte an berechnet, wie die aktive Dienstzeit, auch wenn in Erfüllung der letzteren eine Unterbrechung stattgefunden hat. Die Versetzung aus der Reserve in die Landwehr beziehungsweise die Entlassung aus der Landwehr erfolgt bei den Herbst-Kontrollversammlungen des betreffenden Jahres. Diejenigen Mannschaften jedoch, deren Dienstverpflichtung in der Reserve oder Landwehr in der Zwischenzeit zwischen dem 1. April und 30. September abläuft, sind auf ihren Antrag mit dem Zeitpunkte der erfüllten Dienstverpflichtung zur Landwehr, beziehungsweise zum Landsturm überzuführen. Mannschaften, welche in Folge eigenen Verschuldens (§ 18 des Militär-Strafgesetzbuchs vom 20. Juni 1872) verspätet aus dem aktiven Dienste entlassen werden, treten stets in die jüngste Jahresklasse der Reserve ein. Die Reserve- und Landwehrpflicht derjenigen Mannschaften, welche der Ersatzreserve angehört haben (§ 45), ist so zu bemessen, als wenn sie im ersten Jahre ihres dienstpflichtigen Alters ausgeschoben wären.“

Der gesperrte Satz ist ein Zusatz der Kommission.

Bundeskommissar Major Blumie empfiehlt die Streichung dieses Satzes, weil mit der Zeit durch diese Bestimmung eine bedeutende Schädigung der Kriegsmacht entstehen könne.

Das Haus streicht in Folge dessen diesen Satz.

Die §§ 56 und 57 handeln von der Wiedereinziehung der Beurlaubten und dabei statfindenden Berücksichtigung gewerblicher und häuslicher Verhältnisse. Dieselben werden angenommen.

§ 58 bestimmt, daß diejenigen Personen des Beurlaubtenstandes, welche ein geistliches oder seelsorgerisches Amt bekleiden, nicht zum Dienst mit der Waffe herangezogen werden sollen. Abg. Hauck (Centrum) versucht nochmals diese Befreiung der Geistlichen auszudehnen, indem er die Worte „des Beurlaubtenstandes“ streichen will. Er wird dabei von dem Abg. Prinz Radzwill (Centrum) mit großem Nachdruck unterstützt, der zu gleicher Zeit die geringe Fürsorge für die Feldgeistlichen rügt.

Abg. Lasker beantragt dagegen auch die Geistlichen „der Ersatzreserve“ von dem Dienste mit der Waffe zu befreien.

Referent Abg. Meyer (Thorn) verwirft das Amendement des Abg. Hauck, weil es weiter geht, als der Antragsteller selbst will.

Nachdem der Abg. Hauck sein Amendement zu Gunsten des Laskers zurückgezogen, wird das letztere angenommen; außerdem werden auf Antrag des Abg. Wehrenpfennig die Worte „oder seelsorgerisches“ gestrichen.

§ 59 bestimmt, Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte sollen durch ihre Einberufung zum Militärdienst in ihren bürgerlichen Dienstverhältnissen keinen Nachteil erleiden. § 60 bestraft die Kontrollentziehung; § 61: ausgewanderte Beurlaubte treten in denjenigen Jahrgang, dem sie ohne Auswanderung angehört hätten; § 61a und § 62 regeln die Verhältnisse der Ersatzreserve erster Klasse nach der Ersatzinstruktion. Die §§ 63 und 64 enthalten die Schlussbestimmungen über die Ausführungen des Gesetzes. Alle diese Paragraphen werden ohne Diskussion angenommen.

Schließlich kommt ein vom Abg. Krüger (Hadersleben) beantragter Zusatzparagraph zur Verhandlung: „Auf diejenigen Gemeinden des Herzogthums Schleswig, wo eine Majorität bei den Reichstags-Wahlen für einen die baldige Ausführung des Artikels 5 des Prager Traktates vom 23. August 1866 fordernden Kandidaten gestimmt hat, finden die Bestimmungen des deutschen Militär-Gesetzes keine Anwendung.“

Der Antragsteller führt aus, daß bis jetzt noch kein Schritt geschehen sei, den prager Traktat auszuführen. Die höheren Beamten hätten die Unterbeamten sogar instruiert, in der Bevölkerung den Glauben zu verbreiten, daß der prager Traktat nichtig sei. Jetzt soll wieder ein Gesetz gemacht und in Landestheile eingeführt werden, die gar nicht zu Deutschland gehören. (Lebhafter Widerspruch.) In Nord-Schleswig herrscht keine Diktatur, kein Belagerungszustand, aber die Lage ist noch viel schlimmer als die Diktatur. Redner will auf diesen Punkt des Weiteren eingehen, wird jedoch vom Präst. Forckenbeck zweimal zur Sache gerufen.

Bei der Abstimmung wird der Krügersche Antrag gegen die Stimmen der Elsaß-Lothringer und Polen abgelehnt.

Damit ist die zweite Berathung des Reichsmilitärgesetzes erledigt. Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Abänderungen des Münzgesetzes, betreffend die bayerischen Thaler; zweite Berathung des Nachtrags zum Reichshaushaltsetat, zweite Berathung

des Reichspapiergeldgesetzes; Bericht über Elsaß-Lothringen). Ein Antrag des Abg. Stumm, die Novelle zur Gewerbeordnung als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, wird gegen die Stimmen der Konservativen und der deutschen Reichspartei abgelehnt.

Parlamentarische Nachrichten.

* Während der Plenar Sitzung des Reichstags vom 16. d. tagte die von den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei niedergesetzte Subkommission, um sich über das von der Reichsregierung vorgelegte sogen. Kirchendienergesetz schlüssig zu machen und einen Gesetzentwurf zu demselben vorzubereiten. Die Ausarbeitung dieses Entwurfs, an welcher von den Nationalliberalen als Vertrauensmänner die Abgeordneten Miquel, Hirsch und von Schulte, von der Fortschrittspartei die Abgeordneten Hänel, Banks, Kloeppel und v. Horverbeck Theil nahmen, ist noch nicht völlig beendet.

* In einer Abtheilung des Reichstages war am 16. d. ein Gesamtprotest gegen die Berliner Reichstagswahlen Gegenstand der Verhandlungen. Der Protest verlangt wegen Unregelmäßigkeiten, welche bei Auslegung der Wahllisten vorgefallen sind, die Ungültigkeitserklärung der Berliner Wahlen. Die Abtheilung beschloß, zunächst die Wahlen für gültig zu erklären, dann aber in Gemäßheit eines Antrages des Abgeordneten Lieber die Ueberweisung des Protestes an den Reichskanzler zur Untersuchung beziehungsweise um Abhülfe der gerügten Uebelstände für die Zukunft.

* Die am 15. d. Abends stattgehabte Sitzung der Kommission für das Parla ment ge b ä u d e ist ziemlich resultatlos verlaufen. Man beauftragte lediglich die Architekten, ein Gutachten über die Möglichkeit abzugeben, ob unter den gegebenen Verhältnissen der Bau des Parlamentsgebäudes auf dem Terrain in der Königsgräberstraße möglich sei. Am Dienstag wird die nächste Sitzung der Kommission stattfinden. — Eine Anzahl von Reichstags-Mitgliedern beabsichtigt, sich zur Teilnahme an der Beerdigung des verstorbenen Oberbürgermeisters Gr a b o w nach Prenzlau zu begeben.

Brief- und Zeitungsberichte.

□ Berlin, 17. April. Das Reichs-Militär-gesetz ist heute in der zweiten Berathung zu Ende gebracht worden, schneller als man es erwartete. Es zeigt sich das Bestreben, sobald als nur irgend thunlich die gegenwärtige Session des Reichstags zu schließen, um dann dem Landtage Raum zur Arbeit zu lassen. Präsident v. Forckenbeck möchte gern den Schluß schon zum 25. d. M. herbeiführen und will, wenn nothwendig, Abend-sitzungen zu Hilfe nehmen. Daß die Gewerbenovelle noch durchberathen wird, daran ist gar nicht zu denken, und obgleich der Abg. Stumm heute mit Nachdruck hervorhob, daß es der Wunsch in allen gewerblichen Kreisen sei, die gewerblichen Verhältnisse, die jetzt zur Unerträglichkeit herangewachsen seien, einer Regelung zu unterwerfen, so ist doch jetzt schon mit Bestimmtheit anzunehmen, ganz abgesehen davon, daß über das Wie der Regelung die Ansichten noch weit auseinandergehen, daß das Gesetz auch diesmal wiederum unerledigt bleiben wird. Dagegen ist es die Absicht des Präsidenten v. Forckenbeck, außer dem Militär-gesetz noch das Preßgesetz, den Nachtragsetat, das Bischofsgesetz, das Münz- und das Rassenheingesez zur Erledigung zu bringen. Drei dieser Gesetze stehen morgen schon auf der Tagesordnung. Am Montag wird das Bischofsgesetz zur ersten Berathung gelangen, am Dienstag wahrscheinlich die dritte Berathung des Militär-gesetzes erfolgen, und man denkt, daß die Opposition gestatten wird, dieses Gesetz an einem Tage zu erledigen. Das Preßgesetz, das erst in den nächsten Tagen im Plenum des Bundesrathes zur Verhandlung gelangen wird, soll, wenn möglich, am Mittwoch zur Berathung kommen. Heute Abend findet schon eine Besprechung der Kommission darüber statt, welchen Standpunkt man zu den Anträgen, die von dem Justizaus-schusse des Bundesrathes ausgehen, einzunehmen gedenkt.

— Mit dem Spruche des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten gegen den Grafen Ledochowski stehen wir, meint die „Nat.-Z.“, vor einer Sachlage, die unseres Wissens zum erstenmale in der Geschichte Preussens gegeben ist. Die Befugnis des Kölner Erzbischofs von Droste-Bischoff und des Pöfener Erzbischofs von Dunin qualifizierte sich als ein administrativer Machtakt, der weder auf ein Gesetz sich stützte, noch auch der richterlichen Beurtheilung jemals unterstellt worden ist. Beide wurden nur gehindert, ihr Amt auszuüben. Rückfichtlich beider Fälle hat die Regierung den Kürzeren gezogen. Das Kölner Kapitel wählte einen Vikar zur Verwaltung der Diözese, der Papst verwarf diese Wahl. Der Staat gab, sobald Friedrich Wilhelm IV. zur Regierung kam, nach; Rom, das sehr gut einsah, was es vom neuen Könige zu erwarten hatte, brachte nach langen Verhandlungen den Erzbischof Clemens August dazu, daß er in die Bestellung eines Coadjutors mit dem Rechte der Nachfolge einwilligte, der Bischof von Speyer, Geisel, wurde zum Erzbischof in partibus ernannt und als Coadjutor bestellt; in Posen erledigte sich die Sache zuletzt noch einfacher; jetzt liegt die Sache anders. Das berliner Blatt zeigt nun ganz richtig, daß der gegenwärtige Zustand ein unhaltbarer ist, es schreibt:

Graf Ledochowski bleibt nach dem römischen Kirchenrechte Erzbischof, es geht in seiner Stellung durch dieses Urtheil keinerlei Veränderung vor sich. Die rein kirchliche Rechtsfrage ist seit 1838 so geklärt worden, daß gar kein Zweifel über das besteht, was Rom für Recht hält. Die Ausweisung des Bischofs von Freiburg in der Schweiz, sowie die Verbannung piemontesischer und anderer Bischöfe haben zu Entscheidungen der römischen Behörden geführt, die den Satz als unbestreitbar erscheinen lassen: nach römischer Säkular darf das Kapitel von Posen und das von Gnesen weder einen Vikar ernennen noch in irgend einer Weise die Jurisdiktion des Grafen als aufgehoben oder gehindert ansehen; es hat nur die Verpflichtung an den Papst zu berichten. Es liegt sedes impedita vor, eine bloß vom römischen Standpunkte aus unrechtmäßige Hinderung des Bischofs. Der von diesem bestellte Generalvikar behält seine Stellung, solange sie nicht auf kirchenrechtlich gültige Weise aufgehört hat; Ledochowski behält die volle Befugnis, seine bischöfliche Gewalt nach allen Richtungen hin zu üben. Vom Standpunkte des päpstlichen Rechts aus ist das Urtheil nichtig, ohne Rechtswirkung, der Staat weber befugt noch fähig, zu dessen Durchführung einen Schritt zu thun.

Nach dem preussischen Staatsgesetze hat Graf Ledochowski aufgehört, Erzbischof von Posen-Gnesen zu sein; sollte er jemals wieder als solcher fungiren, so müßte er von Neuem vom Könige förmlich anerkannt werden und aufs Neue den vorgeschriebenen Eid ablegen. Er ist vom Momente an, wo ihm das Urtheil zugestellt wird, da dieses nach dem Gesetze rechtskräftig ist, nicht mehr berechtigt, irgend einen Akt vorzunehmen, er hat alle bischöflichen Rechte verloren, er kann auch nicht einmal irgendwelchen seelsorgerischen Akt vornehmen, weil er dazu nach dem Gesetze von dem anerkannten Bischofe in den Formen des Gesetzes vom 11. Mai 1873 bestellt sein müßte, er ist der aus seinem Amte entlassene Bischof Graf Ledochowski. Nach dem Kirchenrechte ist das Mandat des Generalvikars von Nichtswegen erloschen, wenn der Mandant seine Jurisdiktion verliert. Der von Ledochowski eingesetzte Generalvikar hat also kein Recht, irgend einen Akt als solcher vorzunehmen. Keine Person darf von ihm irgend eine Ermächti-

gung annehmen, kirchenregimentliche oder seelsorgerische Akte üben. Wer es thut, ist strafbar. Will der Staat seine Gesetze handhaben, so darf er Solches nicht dulden. Der dem Landtage vorgelegte Gesetzentwurf über die Verwaltung erledigter katholischer Diözesen ist im gegenwärtigen Augenblicke nichts als ein Entwurf, kann also für die Beurtheilung der augenblicklichen Sachlage gar nicht in Betracht kommen.

Welches ist nun die wirkliche Lage? Nach den kirchenrechtlichen d. h. päpstlichen Sätzen ist dieselbe, wie gesagt, klar und einfach. Ledochowski bleibt Erzbischof, der römische Papst kann aber jede ihm gut scheinende Verfügung treffen, er hat nach dem Dogma vom 18. Juli 1870 „die ordentliche und unmittelbare Gewalt über alle einzelnen Kirchen, über alle einzelnen Diözesen und Gläubigen.“ Nach dem Staatsgesetze liegt eine Lücke vor, deren Ausfüllung ohne ein Gesetz unmöglich ist. Danach stehen wir vor folgenden Eventualitäten. Die beiden Kapitel von Posen und Gnesen können einen Kapitelsvikar wählen. Würden sie das thun, so verstände sich von selbst, daß der Staat damit einverstanden wäre, weil sie dadurch anerkannt hätten, daß Graf Ledochowski nicht mehr Erzbischof ist. Wir haben wohl nicht nötig, des Weiteren darzutun, daß dieser Akt nicht eintreten wird. Oder der Generalvikar, welcher im Amte ist, setzt seine Amtsführung fort. Wenn der Staat dies duldet, würde er darauf verzichten, seine Gesetze auszuführen. Wir halten also diesen Fall für unmöglich. Wenn der Generalvikar sein Amt niederlegt, so wäre möglich, daß Graf Ledochowski bereits für diesen Fall einen oder mehrere andere ernannt hätte, oder daß er solches jetzt vorzunehmen in der Lage wäre. Würden diese annehmen, so läge die Sache nicht anders. Es existirt also in den Erzbischofen Posen-Gnesen keine Person, welche nach dem Staatsgesetze das Recht hat, irgend einen kirchenregimentlichen Akt vorzunehmen, es kann kein Pfarrex, Kaplan zc. bestellt, kein Dispens zc. erteilt werden. Alle angestellten Geistlichen, mit Ausnahme des Generalvikars, behalten ihr Amt. Ist somit auch nach unten für die befehlten Pfarren geforgt, so bleibt nach oben eine Lücke. Die Sachlage ist: es giebt keine Diözesanbehörde, es ist ein Zustand, welcher sich als der eines Gemeindefens ohne Obrikeit charakterisirt.

Was wird Rom thun? Eine Unterhandlung mit ihm, eine Vereinbarung, wenn sie möglich wäre, könnte nur den Erfolg haben, von dem Urtheil abzusehen. Entweder müßte Rom oder der Staat seinen Standpunkt aufgeben, mit andern Worten Papst oder Staat fügen ein Drittes ist undenkbar. Rom kann einen Verweigerer befehlen. Darin ist der Staat anerkennen? Wir bezweifeln dies aus dem Grunde, weil Rom verlangen würde und müßte, daß ihm Konfessionen gemacht würden, welche die Niederlage des Staates zur nothwendigen Folge haben müßten. Rom kann und wird einen etwa vom Kapitel gewählten Vikar nicht anerkennen, weil dies seine Niederlage wäre. Auf eine Abfertigung, eine Enchiridion, welche alle bisherigen an Kraftausdrücken überbieten dürfte, muß man sich gefaßt machen. Noch eine Eventualität ist möglich: der Papst belegt, um den vollen Bruch herbeizuführen, den letzten Versuch zu machen, den Staat mit allen Mitteln zu brechen, die Diözesen Posen-Gnesen, vielleicht auch ganz Preußen mit dem Interdikt.

Das ist die Lage. Welche Aufgabe im Angesichte derselben an die Vertreter des preussischen Volkes im Landtage, an die des deutschen Reichstages herantritt, das werden diese selbst erwägen. Eine eigenthümliche Verkettung der Umstände war wohl nicht leicht vorhanden, als die augenblickliche: ein Absetzungsurtheil, eine vollständige Lücke in der Gesetzgebung; ein dem Landtage vorliegender Gesetzentwurf, ein dem Reichstage vorliegender Gesetzentwurf, welche beiden Entwürfe erst Gesetze sein müßten, sollte das rechtskräftige Urtheil seine Vollwirkung haben; gleichzeitiges Töten beider Vertretungskörper. Das alte römische vident consules möge sich bewähren für Regierung, Landtag und Reichstag!

— Heinrich v. Sybel äußerte kürzlich in einer Rede an seinen magdeburger Wähler, über die Kirchendiener-gesetzentwürfe u. a. folgendes:

„Ich habe die jetzt der Volksvertretung vorgelegten Gesetzentwürfe mit lebhafter Genugthuung begrüßt, sowohl den einen in dem Reichstage eingebrachten, betreffend die Etnationalisirung und Ausweisung widerpäpstlicher Kirchendiener, als den andern dem Abgeordnetenhaus vorliegenden, betreffend die Verwaltung erledigter Bischofs-sitze. Was den ersten betrifft, so gründet er sich auf ein nach meinem Dafürhalten selbstverständliches, an sich einleuchtendes Postulat. Wer deutsches Staatsbürgerrecht besitzen will, muß auch die deutsche Gesetzgebung anerkennen. Wie Sie wissen, handelt es sich bei den klerikalen Kämpfen ja nicht von Hause aus um die böswillige Verletzung eines speziellen Staatsgesetzes, sondern der Grund aller Bewegung ist die allgemeine Thatsache, daß die Bischöfe und nach ihrem Beispiele der übrige Klerus erklärt hat, der Staat habe überhaupt keine Befugnis, über kirchliche Dinge Gesetze zu geben, und folglich seien diese Gesetze für sie nicht bindend. Wenn ich irgend recht sehe, ist eine solche Erklärung schlechterdings kein Gegenstand des Strafrechts, sie ist recht eigentlich ein Gegenstand des Staatsrechts, wenn also durch den neuen Gesetzentwurf die einfache Konsequenz gezogen wird: Euch gefällt unsere gesetzgebende Gewalt nicht, nun so seid so gut und sucht ein anderes Land, wo es euch besser gefällt, das ist, wie gesagt, ganz und gar nicht criminalrechtlich, und ich würde es deshalb beklagen, wenn ein kürzlich formulirter Vorschlag einer freien Kommission im Reichstage Annahme fände, welcher von einem Verluste des Indignats nichts wissen will, sondern an Stelle desselben ein richterliches Urtheil auf Landesverweisung stellt. Damit wird die Sache von dem Staatsrechte auf das criminalrechtliche Gebiet hinübergeholt. Wir erscheint es durchaus nicht erfreulich, in das Strafrecht die Landesverweisung wieder aufzunehmen, nachdem alle civilisirten Nationen Europa's sie mit Freude aus ihrem Strafcode gestrichen haben. Ist sie einmal wieder darin, wer steht dafür, daß spätere Gesetze sie nicht auch wieder für andere Vergehen angemessen erachten? Es scheint mir nicht im Sinne einer liberalen Politik, uns dieser Gefahr bloßzustellen, während es nur im Sinne jeder rationalen Politik scheint, daß kein Mensch Staatsbürgerrecht üben kann, der dessen gesetzgebende Gewalt und deren Princip nicht mehr anerkennt.“

— Nach einer dem Herrenhause vom Finanzminister zugegangenen Nachweisung sind von den nach § 1 des Gesetzes vom 30. April 1873, betreffend die Dotation der Provinzial- und Kreisverbände, aus den Staatseinnahmen vom 1. Januar 1873 zur Verfügung gestellten Summen von jährlich 2,000,000 Thlr. zur Ausstattung der Provinzialverbände mit Fonds zur Selbstverwaltung und von jährlich 1,000,000 Thlr. zur Gemährung von Fonds für die Durchführung der Kreisordnung, zusammen 3,000,000 Thlr. pro 1873 nach den Vorschriften der §§ 2, 3 und 4 l. c. an die Kreisverbände zusammen 1,036,411 Thlr. gezahlt worden, so daß für den nach § 5 l. c. für Rechnung der beteiligten Verbände anzufammelnden Dotationsfonds ein Betrag von 1,963,589 Thlr. verbleiben ist. Durch jährl. Abnutzung dieser Summe sind pro 1873 eingeommen 66,766 Thlr. 23 Sgr. Ferner ist im Januar 1874 die für das 1. Quartal d. 3. fällige Rate des dem Dotationsfonds zuzuführenden Jahresbetrages mit 490,897 Thlr. vereinnahmt worden, so daß die Gesamteinnahmen des gedachten Fonds bis Ende März 1874 2,521,253 Thlr. 6 Pf. betragen. Diese Summe ist in Prioritätsobligationen inländischer Eisenbahnen resp. Staats-Anleihe-Obligationen im Gesamtnummervon 2,529,000 Thlr. jährl. angelegt, und zwar in: Prioritäts-Obligationen 2,379,000 Thlr. und in Staatsanleihe-Obligationen 150,000 Thlr., zusammen 2,529,000 Thlr. Außerdem ist nach Deckung der Aufwandskosten für die gedachten Obligationen mit 2,521,214 Thlr. 14 Sgr. noch ein barer Kassenbestand von 38 Thlr. 16 Sgr. 6 Pf. verblieben.

Hannover, 11. April. Der „H. C.“ berichtet: Das Landes-Konfistorium hat bei der neulichen Anwesenheit des Ministers Fall in Hannover den Antrag gestellt, im Laufe dieses Jahres die Synode, sei es eine neue ordentliche oder die frühere als außerordentliche, zu berufen, um mit derselben eine Regelung derjenigen Verhältnisse zu

versuchen, welche durch die Einführung der obligatorischen Zivilehe in Frage gestellt werden.

Lokales und Provinzielles

Posen, 18. April.

Der Vorstand des Landwehrvereins beriet in seiner heutigen Sitzung über die Pachtung des Bahnhofsgartens. Die Gartenbaukommission hat sich nicht abgeneigt erklärt, diesen Garten, wenn es gewünscht wird, auch eine im alten Bahnhofgebäude befindliche, aus 2 Zimmern, Küche und Speisekammer bestehende Wohnung für den Restaurateur dem Landwehrverein auf unbestimmte Zeit gegen einen jährlichen Pachtzins von 200, resp. (mit der Wohnung) 250 Thlr. zu überlassen, und zwar unter der Bedingung, daß die Räume im Bahnhofgebäude selbst zur Aufnahme von Gästen nicht benutzt, und überhaupt in diesen Räumen keine Speisen und Getränke verabreicht werden; daß ferner der Garten von den übrigen Hausbesitzern zur Promenade benutzt werden könne, außer zu den Zeiten, wo dort der Landwehrverein Festlichkeiten abhält; daß endlich die Unterhaltung und Unterhaltung des Gartens ganz dem Pächter überlassen bleibe. Da es nun der Vorstand des Vereins für sehr mäßig gehalten, den Garten auf unbestimmte Zeit zu pachten, weil es sich leicht nicht lohnen würde, denselben einzurichten, so wurde eine aus Mitgliedern bestehende Kommission ernannt, welche weiter mit der Gartenbaukommission wegen Feststellung einer bestimmten, längeren Pachtzeit unterhandeln soll.

Die Posener Landwehrzeitung, welche seit Neujahr in deutscher und polnischer Sprache erscheint, erregt in der polnischen Presse große Aufmerksamkeit, denen der „Dredownik“ folgenden Ausdruck giebt:

„Eine jener sozialen Mächte, durch welche unsere wohlfeile Nationalität vertritt werden soll, sind die öffentlichen Blätter. Jedes Blatt, wenn es einen einigermaßen ansehnlichen Leserkreis hat, wirkt langsam, aber mächtig. Eine größere Aufgabe als der „Salajat“, die „Pravda“, der „Oberschlesische Grenzboten“ in Oberschlesien hat die „Posener Landwehrzeitung“. Schon nach dem Erscheinen des Prospekts saßen wir unseren Lesern, wohnen dies Blatt zielen werde. Es ist das Organ des Verbandes der deutschen und polnischen Landwehrvereine, unter deren Mitgliedern es die Kameradschaft pflegen soll. Die „Landwehrzeitung“ wirkt für diesen Verband, der Verband wirkt für die Landwehrzeitung und beide wenden sich einzeln und gemeinschaftlich gegen uns. — Da es Grundsatz in jedem Kampfe ist, den Gegner nicht gering zu achten und seine Macht nicht zu unterschätzen, so sagen wir es offen, daß das Projekt des Polizeidirektors Staudy — denn dieser hat die Landwehrzeitung gegründet — ein ganz vorzuziehendes ist. Man sieht, daß die Sache ein Mann in die Hand genommen hat, der unsere Verhältnisse kennt und weiß, wie auf dieselben einzuwirken ist, damit sie eine den gegenwärtigen Bestrebungen entsprechende Richtung nehmen“. Hieran knüpft sich eine kritische Beleuchtung des Berichts der Landwehrzeitung über die von dem hiesigen Landwehrverein veranstaltete Festlichkeiten zur Feier des Geburtstages des Kaisers, wobei die Beschürzung ausgesprochen wird, daß die preussisch-patriotischen Landwehrvereine den Einfluß der polnischen Vereine mit der Zeit paralysiren werden.

Die Bahnhofstraße wurde bekanntlich im vorigen Sommer auf Anordnung der Polizeidirektion täglich mit Hilfe der städtischen Wasserleitung gesperrt. Da nun durch die sehr bedeutenden Abtragungen und Ausgrabungen viel sandiger Boden zu Tage gefördert worden ist, der wohl nicht sobald mit einer Grasnarbe bewachsen wird, so daß demnach bei dem geringsten Winde die Bahnhofstraße stark mit Staub und seinem Sande überweht werden wird, so verlangt die Polizeidirektion, daß diese Straße in diesem Sommer, außer an den Regentagen, täglich zweimal gesperrt werde, eine Maßregel, für die das Publikum sehr dankbar sein wird, zumal die Passage auf der noch kahlen neuen Bahnhofstraße, die zum Empfangsgebäude führt, an heißen Sommertagen schon überdies nicht angenehm sein dürfte. Es schwebt gegenwärtig wegen der Sprengung Verhandlungen zwischen dem Polizeidirektorium, der Eisenbahn-Kommission und der Direktion der städtischen Wasserwerke, wie wir hören, werden für die tägliche einmalige Sprengung der Bahnhofstraße 3/4 für die zweimalige Sprengung 1/2 Thlr. verlangt.

Prozess. Der Verleger des „Dredownik“, Hr. Dr. Szymanski ist am Donnerstag wegen Beleidigung eines unter der evangelisch-polnischen Bevölkerung im Kreise Adelnau thätigen Pastors zu einer Geldbuße von 20 Thlr. event. 10 Tagen Gefängnis verurtheilt worden. In demselben Prozesse ist der verantwortliche Redakteur des genannten Blattes Hr. Kasprzak bereits früher zu 10 Thlr. Geldbuße event. 5 Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Der „Dredownik“ fordert anlässlich dieser neuen Verurtheilung seine Korrespondenten auf, in ihren Ausdrücken vorsichtiger zu sein, denn von 8 Prozessen seien 6 wegen Korrespondenzen gegen ihn eingeleitet worden.

Van Miarka, der bekannte Redakteur des „Katolik“ in Rom, ist nicht nur nachschlüssig, sondern auch ein Wundermann. Denn, wie wohl er im Gefängnis sitzt, so soll er doch, so schreibt man dem hiesigen „Dredownik“ aus Deuthen, an verschiedenen Orten von verschiedenen Personen gesehen worden sein. Jemand erzählte sogar, ihn auf allen Bieren ausgestreckt vor einem wunderthätigen Bilde in einer Kirche in Krakau gesehen zu haben. Unter dem gewöhnlichen Volke ist der Glaube verbreitet, Van Miarka besitze ein Kraut, welches ihm möglich mache, an verschiedenen Orten zugleich zu sein. Ist das schon Wahnsinn, so zeigt es doch, meint „Dredownik“, die Liebe der Leute für Van Miarka.

Aus Schrimm wird der „Germania“ berichtet, daß bereits 300 Personen welche zu der protestantischen Pfarrei Cronow gehörten, und 300 Protestanten aus Stenichow ihren Austritt aus der evangelischen Landeskirche erklärt haben, ohne seitdem einer andern Kirchengemeinschaft beizutreten.

Aus dem Pommer Kreise, 13. April. Zu den Notizen über die Stadt Kopnik in Nr. 244 v. J. trage ich noch folgende nach, die von Interesse sein dürften. In mehreren der neuern geschichtlichen Schriften über die Mark Brandenburg wird Vieles von einem Jaco erzählt, welcher dem Markgrafen Albrecht dem Bären die Festung Brandenburg auf einige Zeit entzogen hatte. Die Chronica brandenburgensis nennt ihn Dux Poloniae und dieser Jaco war nach Professor Rabe in Berlin Kastellan von Kopnik oder Koparica. Der Kastellan, in der Landessprache Knecht genannt, stand der ganzen Verwaltung vor und wohnte in dem Hauptort derselben. Er muß demnach im zwölften Jahrhundert ein bedeutender Ort Polens gewesen sein. Nach dem Tode Boleslaw III. im Jahre 1139 theilten dessen Söhne Polen unter sich und der älteste Großherzog Wladislaw III. bekam zu seinem Antheile Kleinpolen, Schlesien u. Nach seiner Vertheilung aus dem Reiche 1149 und Tode 1162 erhielt seine Söhne 1163 Schlesien als ihr Eigenthum zurück und dabei kam Kopnik zu dieser Provinz, die auch von jetzt an ein von Polen abgesonderter Eigenthum blieb. Im Jahre 1247 erbaute Herzog Boleslaw von Schlesien zu Kopnik ein Schloß, wahrscheinlich als Schutzwehr gegen feindliche Angriffe. Als Hauptort einer Kastellanei war Kopnik wahrscheinlich schon früher bestattet. Als Beweis für die einmalige Wichtigkeit von Kopnik diene folgendes geschichtliche Faktum. Als Markgraf Ludwig der Ältere von Brandenburg, Ende Juli 1345 mit seiner Tochter, seinem Bruder Ludwig dem Römern und großem Gefolge den König Kasimir von Polen in Posen besuchte, kam er auf der Rückreise durch Kopnik, woselbst er mit den ihm nachgesandten polnischen Abgeordneten Besprechungen hielt und von dort aus setzte seine Reise über Jülich aus und kroffen nach Frankfurt a. D. fort. — Der bestattete Hauptort der früheren Kastellanei Kopnik, ist jetzt keine Stadt am Oberrhein gelegen mit c. 1000 Einwohnern, die größtentheils Ackerbau treiben.

Gräß, 14. April. [Revisionen.] Am gestrigen Tage Abends traf der Herr Regierungspräsident Steinmann auf seiner Inspektionsreise, in Begleitung des Landraths Freiherrn v. Nischhoffen

aus Neutomisfel von Bux kommend hier ein. Heute waren auf Anordnung des Herrn Präsidenten sowohl die Magistratsmitglieder als auch der Vorsitzende der Stadtverordneten im Magistratslokale versammelt, um 9 Uhr erschien der Präsident in Begleitung des Landraths, wo in dem Sitzungssaale der Stadtverordneten die Vorstellung der Erschienenen durch den Bürgermeister erfolgte. Der Präsident ging speziell in verschiedene Zweige der städtischen Verwaltung, über die finanzielle Lage der Kommune, und namentlich über die Umgestaltung des hiesigen Schulwesens, welches mit dem 1. Januar fut. in Folge des Eingehens der Matrik- und Schachsteuer beabsichtigt wird, näher ein, besichtigte sämtliche Bureauelokalitäten und besuchte dann die hiesigen Kirchen, Schulen, und sonstigen städtischen Anstalten. In den Schulen nahm derselbe eine spezielle und sehr genaue Prüfung in verschiedenen Lehrzweigen vor. Am Nachmittag wurde die Landschule Elcin vom Präsidenten besucht. Im Laufe des Tages stellten sich ihm noch verschiedene königliche Beamte vor. Morgen soll die Weiterreise durch den hiesigen Kreis, zunächst nach Neutomisfel, erfolgen. Das königliche Distriktsamt hieselbst wurde ebenfalls seitens des Präsidenten besichtigt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen

Paris, 17. April. Die legitimistischen Blätter veröffentlichen einen Brief Lucien Brun's, welcher die Angriffe der „Union“ gegen das Septennat billigt: der Beschluß der National-Versammlung vom 20. November 1873 habe keine neue Institution geschaffen, sondern nur die Dauer der Amtsgewalt Mac Mahon's verlängert, diese sei von seiner Person untrennbar. Frankreich beabsichtige nicht wiederzunehmen, was es gegeben, es werde aber darüber machen, daß dieses Pfand in lokalen Händen bleibe und Aenderung in den Naturbedingungen desselben nicht zulassen. Die Zuschrift schließt mit der Versicherung die Legitimisten seien die zuverlässigsten Freunde Mac Mahon's.

Madrid, 17. April. Die „Gaceta“ meldet ein Gefecht bei Predubena, wobei die Carlisten 53 Tote, 22 Verwundete gehabt haben sollen (darunter drei Führer). Andere Carlisten-Detachements traten auf portugiesisches Gebiet über und wurden dort internirt. Ein viertes Verpfändungs-corps für die Nordarmee ist in Formation begriffen.

London, 17. April. Das Oberhaus bewilligte 25,000 Pfd. Sterl. Dotation für Wolseley.

[Unterhausung.] Disraeli bestätigt auf eine Anfrage Benlins, daß Lessps mit der Schließung des Suezkanals drohe. Die Pforte bestreite auf die von der internationalen Kommission aufgestellten Bedingungen. Disraeli fügte hinzu, die französische Regierung habe Lessps aufgefordert, von gewaltsamen Maßnahmen abzustehen und sich den Kommissionsbedingungen zu fügen. Er (Disraeli) halte die Lessps'schen Drohungen für Produkte momentaner Erregtheit und glaube, Lessps werde sich in die Umstände fügen.

Konstantinopel, 17. April. Die Pforte ermächtigte den Nedibe zum Betriebe des Suezkanals, falls die Pforte die Kanalschiffahrt unterbrechen sollte.

Angewandte Fremde vom 18. April

STERN'S HOTEL DE EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Mokulinski aus Beluit, Bleszynski aus Mohilew, Janowski aus Bodoien, Schauspielerin Krasnopolka aus Polen, die Kaufleute Schwesbuh aus Stuttgart und Kohn aus Thorn, Fabrikbesitzer Reichen aus Neutlingen, Ober-Inspektor Schmidt aus Gils, Rentier Neumayer aus Berlin, Oberförster Schwarz aus Frankfurt a. D., Buchhändler Steinhauser aus Leipzig.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Heinge u. Gem. aus Sternberg, Bayer aus Golenischewo, Frau v. Sänger aus Polajewo, Geh. Postrats Sachse u. Direktor Schiffmann aus Berlin, Ingenieur Stücker aus Myslowitz, Direktor Schindowski aus Nieprzewo, die Kaufleute Dombrowski, Bloch und Gebr. Kausse aus Breslau, Hoffmann, Behrends, Wolff und Nuhn aus Berlin, Kahlmann aus Kegnitz, Meyer aus Köln.

HOTEL DE BELLE. Rittergutsbesitzer Dittschke jun. aus Kombar, Baummeister Goldschied aus Doborn, Brauereibesitzer Habel aus Grätz, Bauleute Wenzke aus Inowracław, die Kaufleute Raumburg und Rosenburg aus Berlin, Schräber aus Schwiebus, Pfanz aus Stargard, Fromm aus Spremberg.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Kaufleute Carl Silber aus Warchau u. Stornicki aus Strzelno, Beamter Seidlitz aus Golenischewo, Staschanatschewer Jachowski aus Jordan, Maurermeister Braun aus Inowracław, Postsekretär Gladitz aus Halle a. S., Ackerbauschüler Grochowski aus Zabikowo.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Rittergutsbesitzer Luther nebst Gem. aus Lupschowo, Kunder aus Wronczyn, die Landwirthe Knechtel aus Schöffen, Zielinski aus Popomice, tal. Domänenpächter Romanowski aus Seebird, Geheimrathin Frau Beschorner u. Fam. aus Dvinsk, Hofbuchhändler Levit aus Berlin, Buchhändler Levit aus Bromberg, Bildhauer Rothardt aus Braunschw., Ober-Güterverwalter Taubert aus Guben, die Kaufleute Kestelbusch aus Breslau, Tule aus Berlin, Hartmann aus Oberkist.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Bormas a. Breslau, Schmidt aus Glogau, Frankel aus Hamburg, Sieben aus München, Scholz aus Erfurt, Gerstner a. Petersburg, Rittergutsbesitzer v. Solowicki aus Polen, Fabrikbesitzerin Frau Matern aus Glogau.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Frau von Slawski aus Komornik, v. Karsnicki aus Emden, v. Jezewski aus Krzywno, Justizrath a. D. v. Jezewski aus Leipzig, die Kaufleute Wolff aus Sprottau, Pippart aus Köln, Salomon aus Nordhausen, Weidner aus Mainz, Gerstel aus Magdeburg, Wiener aus Breslau, Knoll aus Eietitz, Klaffe aus Kemscheid, Ingenieur Matzschke aus Berlin, Frau Herwig aus Frankfurt a. M.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 149. k. preuss. Klassen-Lotterie

(Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.)

Berlin, 17. April. Bei der heute angefangenen Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

28 43 70 (1000) 76 114 32 46 225 38 (200) 64 87 (1000) 313 (100) 33 432 53 563 70 97 647 706 (200) 58 63 825 (100) 27 33 59 909 14 43 87 1008 75 106 (100) 13 29 32 (1000) 212 (100) 79 327 495 526 95 699 702 15 (100) 831 961 (100) 90. 2139 (100) 50 65 (1000) 75 78 (200) 432 507 99 (100) 610 12 67 68 84 (500) 771 922 23 50 76. 3026 72 (100) 123 (1000) 227 (500) 313 26 (500) 96 423 89 589 651 (100) 65 734 (100) 50 59 72 (100) 84 98 815 21 920 42 (100) 45 46 60. 4050 (100) 53 (500) 60 (100) 130 99 239 50 73 98 373 79 81 (500) 459 95 504 47 56 67 (100) 675 738 43 53 68 89 823 34 (100) 83 917 (200) 19 55 61 (1000). 5020 (100) 67 109 43 52 79 245 (200) 337 80 87 463 518 28 57 601 8 48 92 839 57 77 86 (100) 89 931 35. 6042 (100) 80 92 (200) 147 201 17 68 474 579 (200) 82 84 664 88 90 719 816 36 82 962 (200) 92. 7022 72 120 278 432 59 62. 8048 60 82 94 95 111 248 94 377 411 42 71 517 (200) 54 600 32 709 815 38 (100) 76 900 46. 9126 (1000) 39 89 242 (100) 59 86 350 90 494 505 51 628 85 716 (100) 18 41 (100) 78 823 (200) 34 79 (100).

10052 (100) 58 164 252 (100) 97 (100) 328 61 (100) 78 405 18 749 809 928 47 70. 11012 115 52 57 (200) 214 32 41 61 65 67 79 314 15 (100) 61 458 74 88 611 (200) 20 25 32 (100) 37 68 (200) 73 675 808 (100) 99 924 41 48 66 (500). 12075 88 147 72 (100) 302 95 448 (200) 53 67 (100) 92 95 (100) 543 628 51 90 755 61 71 807 22 30 68 940. 13020 110 58 (200) 221 338 (200) 42 (100) 57 (100) 410 81 513 (500) 617 18 21 75 773 813 (100) 30 49 77 980 94. 14173 88 216 68 87 88 95 318 60 411 39 46 531 33 34 47 74 (500) 632 54 81 764 802 7 (500) 66 931 96. 15043 125 277 78 84 333 (100) 415 16 64 (100) 73 99 507 606 (500) 26 63 951 60 (100) 95. 16218 75 86 328 444 (100) 46 67 79 539 40 52 71 636 53 72 (100) 82 760 (100) 92 819 41 53 73 76 948 (100) 76. 17006 106 12 17 76 236 60 77 (1000) 312 (1000) 17 61 94 (500) 429 44 (1000) 50 69 93 (100) 527 53 96 (1000) 647 786 800 71 74 (200) 88 982. 18088 274 312 414 28 567 601 48 717 862 911 17 (1000) 23 34 82. 19032 131 48 226 301 2 (100) 35 406 8 84 92 584 631 742 60 889 (200) 950.

20.121 69 201 20 90 95 327 86 588 793 881 998. 21.026 69 71 86 127 28 (500) 75 80 91 292 307 467 96 534 51 613 27 728 40 91 832 48 91 (100) 925 81 87 (200). 22.027 34 46 91 105 21 225 395 558 625 (200) 709 (100) 934 98 903. 23.036 38 43 (500) 129 58 62 78 (500) 237 40 336 73 89 90 (100) 506 (100) 20 (200) 626 788 816 20 38 97 954 (100) 84. 24.064 (100) 44 226 326 (100) 28 40 97 400 4 79 536 91 667 744 73 911 16. 25.226 469 77 580 691 749 90 947. 26.108 259 332 37 403 52 55 72 83 94 517 610 31 955 98. 27.005 87 123 51 82 209 30 95 303 32 53 60 (100) 411 32 64 (100) 81 86 90 521 (200) 22 (1000) 614 19 809 11 980. 28.004 133 209 26 316 34 52 525 (100) 87 830 80 (100) 919 60. 29.025 52 56 119 (100) 28 (200) 75 219 338 (100) 406 37 60 528 48 85 660 (100) 747 94 867 902.

30.013 34 (100) 64 80 209 40 41 370 427 51 71 90 91 520 39 46 69 (100) 97 619 84 705 18 (100) 23 61 82 803 20. 31.034 (500) 89 155 (100) 58 273 (200) 77 336 465 (100) 91 538 608 14 (500) 741 44 824 60 78 945 75 (100) 76 77. 32.071 112 31 236 (100) 520 (1000) 77 635 47 79 715 17 807 73 95 98 940 50 98. 33.023 (500) 25 90 114 278 483 537 62 605 28 (200) 47 53 62 88 729 40 45 (100) 99 816 (500) 47 (1000) 64 950 51. 34.182 247 53 69 307 29 31 452 56 79 513 (500) 30 641 75 802 9 17 926 87. 35.011 (500) 47 69 113 24 28 38 201 83 401 8 36 528 600 40 66 (100) 90 725 824 (100) 99 930 53. 36.040 56 139 69 97 223 (100) 53 300 (500) 9 14 424 34 49 63 69 515 (100) 35 635 724 (100) 35 62 88 808 37 68 900 (200) 94 (100). 37.047 (200) 102 (200) 42 51 81 402 34 43 (1000) 62 513 (200) 42 691 95 (200) 702 16 (500) 17 26 27 (100) 31 32 47 53 82 84 93 (1000) 821 (500) 976 (200) 85 (100). 38.005 34 111 (200) 57 98 274 (100) 75 306 41 (500) 436 (1000) 39 93 (100) 516 64 (100) 98 610 41 60 62 96 701 8 805 51 52 (100) 70 90 925 (200) 46 94. 39.016 27 32 115 42 80 93 (100) 219 63 65 317 39 69 462 (200) 511 95 661 84 85 721 70 72 818 76 917 52 66 68.

40.065 (1000) 77 (200) 138 42 52 70 211 362 64 409 35 46 65 (200) 511 16 41 63 (100) 72 669 841 953 63 87 98. 41.010 28 42 99 102 84 90 (100) 98 99 208 31 45 (100) 83 312 25 38 441 502 67 624 31 55 713 15 (100) 28 43 881 928. 42.233 333 42 (500) 70 (100) 430 56 559 (200) 69 615 77 796 823 922 75. 43.051 54 61 160 210 35 435 45 72 503 (200) 39 606 794 814 22 46 50 953 66 99. 44.000 9 124 93 94 207 34 42 (200) 61 (100) 97 99 365 432 (100) 54 69 513 633 74 701 (100) 83 (100) 854 77 924 33 38 79. 45.027 169 207 (200) 39 346 70 429 76 99 514 28 92 (500) 741 51 928 56 90. 46.020 43 173 (200) 371 416 22 23 36 81 (100) 508 (200) 89 94 631 761 78 803 (100) 968 92 99. 47.026 (200) 56 60 145 388 544 47 613 18 51 755 64 825 26 50 (500) 73 80 941 93. 48.028 (100) 33 74 118 33 71 94 (500) 287 88 380 495 522 610 704 805 914 33 81 91 96. 49.092 105 52 206 14 56 62 71 73 313 31 74 474 (500) 80 577 90 (200) 692 777 93 809 (500) 88 95 906.

50.222 35 115 (100) 24 87 96 (100) 208 80 357 (1000) 406 32 517 19 21 23 82 86 99 637 44 840 94 934. 51.145 243 65 93 (100) 389 474 76 573 651 90 91 718 (500) 26 30 869 956. 52.051 64 71 147 242 48 305 424 62 (200) 556 (1000) 89 620 89 733 55 61 941 45. 53.079 (100) 113 24 283 84 310 23 452 (1000) 517 97 716 38 93 812 87 906 30 46 61. 54.019 27 (200) 44 65 (500) 226 (100) 351 92 407 9 22 58 60 96 529 604 10 13 37 88 720 90 92 (100) 99 848 (100) 69 924 36 44 55 85 97. 55.037 81 102 (200) 78 217 93 354 68 87 412 33 (100) 509 55 85 (100) 601 (200) 44 894 938. 56.066 78 80 285 319 29 91 428 66 518 24 34 78 92 631 97 768 (100) 840 921 56. 57.190 (100) 263 354 (1000) 471 502 55 634 77 82 88 731 81 916 78 83 88. 58.006 (100) 55 181 271 411 (1000) 38 48 (100) 49 90 (100) 98 501 53 624 54 (200) 65 88 793 967. 59.047 77 158 94 332 (500) 87 431 566 (200) 86 91 611 17 59 752 834 950.

60.001 91 116 68 71 (200) 81 (500) 87 213 15 27 31 37 91 93 332 475 507 53 85 638 (100) 705 847 900 57 69. 61.018 29 108 51 (100) 57 (200) 240 46 73 97 363 71 423 (5000) 505 (100) 37 746 99 812 94 970 (200) 73. 62.005 7 42 141 (200) 72 97 98 207 (100) 20 26 50 63 82 (100) 90 304 44 90 (100) 400 35 (100) 60 72 559 670 91 (500) 769 816 38 60 71 74 947. 63.053 176 87 238 53 58 64 337 417 41 523 (500) 94 652 66 (100) 721 51 57 79 829 (100) 58 67 89 912. 64.030 72 159 (500) 82 206 57 59 357 420 83 507 660 743 828 82 (200) 97 935 76. 65.011 (200) 47 59 170 72 89 252 76 371 96 425 64 92 (500) 500 93 606 43 759 833 974. 66.018 256 92 94 489 502 (100) 22 35 68 83 625 (1000) 81 84 715 41 54 98 808 33 63 67 79 934 64 78 82. 67.010 11 29 (100) 59 79 137 42 65 71 338 43 62 404 15 29 41 631 33 97 758 866. 68.090 (100) 94 198 362 95 540 669 84 791 822 44 82 (1000) 913 24 45 56 65. 69.060 83 98 111 68 204 (500) 11 (100) 87 (500) 330 482 (100) 572 731 75 (100) 840 54 81 (500) 84 959.

70.043 65 (200) 66 87 126 (100) 60 382 (500) 473 97 576 613 96 703 22 815 (100) 71.043 53 (100) 145 (100) 73 84 268 329 72 75 480 776 843 962 (100) 87. 72.002 (200) 5 (500) 54 109 26 35 71 83 208 75 412 539 (100) 82 (100) 92 634 99 719 53 60 (100) 88 92 (100) 831 36 936 38 43 69. 73.150 394 411 42 548 (100) 627 94 (200) 726 28 54 862 946 49. 74.003 21 105 9 (200) 35 38 70 215 99 406 (1000) 22 34 68 81 616 33 (200) 38 54 (100) 93 726 28 34 40 833 37 934 (200). 75.050 110 30 232 304 14 43 (200) 47 (1000) 419 48 591 617 64 726 (100) 923. 76.006 (100) 37 162 89 294 382 (100) 89 438 52 512 (100) 24 34 70 608 16 47 742 (200) 53 870 85 903 20 39 51 93. 77.008 (100) 43 132 77 200 64 332 55 (1000) 453 508 100 59 656 758 65 831 85 87 88 (100) 904 (100) 41 (100) 97. 78.110 209 10 90 314 18 28 63 65 495 537 642 707 48 99 841 930 46 95. 79.028 41 53 87 91 96 162 206 46 (500) 81 315 30 (500) 35 (500) 47 415 43 59 71 84 519 43 49 662 (100) 75 81 836 946.

80.007

